

FU Berlin wehrt sich gegen Containerdorf: Streit um Flüchtlingsunterkunft

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin - Konflikt zwischen Senat und Uni über Nutzung von Brachland. Wird die "woke Fassade" bröckeln?

Das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das als potenzielle Standort für ein Containerdorf zur Unterbringung von 260 Flüchtlingen vorgesehen ist, hat Widerstand in der Freien Universität (FU) hervorgerufen. Die Uni plant, auf dem Gelände ein Gebäude für Lehre und Forschung zu errichten und fühlt sich vom Senat übergangen. Der Präsident der FU, Günter Ziegler, gab an, dass die Hochschulleitung nicht in die Entscheidung eingebunden wurde und dass das Grundstück für eigene Bauprojekte dringend benötigt wird.

Die FU hatte in der Vergangenheit bereits geflüchtete Menschen unterstützt, indem sie ihnen Notunterkünfte in der Universität zur Verfügung stellte. Die Uni argumentiert, dass es aufgrund ihres Sanierungsbedarfs und ihrer Bauvorhaben derzeit keine anderen Flächen zur Verfügung stehen. Die Uni schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, prüft städtische Flächen für Flüchtlingsunterkünfte und betont, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem brachliegenden Grundstück der FU keine Erweiterung der Universität blockieren würde. Der Senat

beschloss Ende März die Einrichtung von 16 weiteren Containerdörfern in verschiedenen Bezirken Berlins, um den akuten Wohnraumangel für Flüchtlinge zu lindern.

Der Widerstand gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft auf dem Unigelände sorgt für Spott im Netz, insbesondere wegen der als widersprüchlich empfundenen Reaktion der FU, die normalerweise als weltoffen wahrgenommen wird. Einige kritisieren die Uni dafür, dass sie Platz für verschiedene Veranstaltungen bietet, aber keine temporäre Unterkunft für Flüchtlinge vorsieht. Die Diskussion um die Nutzung des Geländes spiegelt die Debatte über die Prioritäten und Verantwortlichkeiten im Umgang mit der Flüchtlingskrise wider.

Details

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net